

schlag des Juristenkomitees einen sogenannten »Wunsch« (voeu) zum Ausdruck brachte, daß die Kandidaten die oben genannte Voraussetzung erfüllen sollten. Der »Wunsch« ist bereits für die Wahl von 1930 von Bedeutung gewesen. Die Folgezeit bewies die Richtigkeit der im Jahre 1929 gehegten Befürchtungen. Die Wahl von 1930, für die der Völkerbund verantwortlich war, hat zur Folge gehabt, daß der Gerichtshof gerade auch vom Völkerbund selbst in den letzten Jahren viel weniger in Anspruch genommen wurde, da das Vertrauen zu ihm in weitem Umfange geschwunden war.

Nicht eine Änderung des Statuts allein kann das Prestige des Gerichtshofs wieder erhöhen. Sie kann nur dann von glücklicher Wirkung sein, wenn ihr in der Zukunft die Wahl unabhängiger und überlegener Richterpersönlichkeiten folgt.

Stauffenberg.

---

## Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan

Innerpolitische Verhältnisse und allgemeine Beziehungen der Balkanstaaten — Das Konkordat zwischen Jugoslawien und dem Vatikan — Abkommen zwischen Jugoslawien und Rumänien über die Minderheitenkirchen im Banat — Rumänisch-sowjetrussisches Bündnis — Meerengenfrage — Balkanentente und Kleine Entente — Habsburgerfrage — Sanktionen

Die innerpolitischen Verhältnisse der Balkanländer während des letzten Halbjahres schienen einer aktiven Außenpolitik nicht besonders günstig zu sein.

Eine militärische Revolte in Albanien im August vorigen Jahres gab, wenn auch schnell erstickt, der Regierung zu erkennen, daß Organisation und innerpolitische Befestigung des Staates viel zu wünschen übrig lassen <sup>1)</sup>.

In Bulgarien erlitt die am 19. Mai 1934 eingeführte autoritäre Regierung eine Niederlage. An Stelle der erstrebten Stabilität ergab sich ein ständiger Wechsel kurzlebiger Regierungen. Die von oben her unterdrückten parteipolitischen Kämpfe haben sich in den Widerstreit anderer Machtfaktoren verwandelt <sup>2)</sup>.

Griechenland hat nach wechselvollen schicksalsschweren Ereignissen seit dem Aufstand vom März 1935 die Monarchie wieder eingeführt, ohne daß es aber bislang erreicht worden wäre, die Gemüter wieder vollkommen zu beruhigen <sup>3)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vgl. dazu *Les Balkans*, Athènes 1935, S. 258.

<sup>2)</sup> Vgl. darüber Lubenoff: *Der Zusammenbruch des Parlamentarismus in Bulgarien*, in dieser Zeitschrift Bd. V, S. 577 ff.

<sup>3)</sup> Siehe diese Zeitschr. Bd. V, S. 616.

Die auf der Grundlage einer breiten Koalition geplante Regierung Stojadinovitsch in Jugoslawien hat bis jetzt nicht vermocht, die während der königlichen Diktatur latent gewordene Staatskrise zu beseitigen, da die Opposition, vor allem die kroatische, es ablehnte, sich an der Regierung zu beteiligen <sup>1)</sup>,

Rumänien wird trotz seines großen Reichtums von einer wirtschaftlichen Krise heimgesucht, die den parteipolitischen Kämpfen Nahrung gibt. Der innere Verfall kommt, um nur ein Beispiel zu nennen, in verschiedenen Devisen- und Bestechungsaffären zum Vorschein, die den Staat um Hunderte von Millionen Lei geschädigt haben sollen. Die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition sind außerordentlich scharf. Der Ministerpräsident Tataresco bezeichnete in einer Rede einige der Oppositionsparteien als Parteien der Unordnung und beschuldigte eine von ihnen sogar der »Chantage« gegen den König <sup>2)</sup>.

In der Türkei hat eine rechtzeitig entdeckte Verschwörung gegen das Staatsoberhaupt, an der auch Abgeordnete beteiligt gewesen sein sollen, ebenfalls einen Herd der inneren Gärung aufgezeigt <sup>3)</sup>, wenn auch der Ausgangspunkt der eigentlichen Verschwörung angeblich in Syrien liegt.

Unter diesen Umständen und im Zusammenhang mit dem abessinisch-italienischen Konflikt, der die internationalen Beziehungen auf eine schwere Probe gestellt hat, sind eine Reihe zwischenstaatlicher Abmachungen bemerkenswert, die das Bestreben zur Beseitigung geringerer Differenzen und zur Festlegung der Richtlinien einer entschlossenen Außenpolitik zum Ausdruck bringen.

\* \* \*

Im Mittelpunkt der Beziehungen Albaniens zu seinen Nachbarländern steht der bekannte Schulstreit mit Griechenland <sup>4)</sup>. Die Behandlung der Angelegenheit vor dem Völkerbund nach der Einholung des Gutachtens des Ständigen Internationalen Gerichtshofes hat bis jetzt keine endgültige Regelung gebracht. Der dem Völkerbundsrat von Albanien am 30. August 1935 vorgelegte Statutsentwurf für die Minderheitenschulen wurde infolge vorgeschlagener Änderungen nicht angenommen und die Erledigung der Angelegenheit auf eine spätere Sitzung vertagt. Im Zusammenhang mit diesem Streit ist auch die Frage nach einer Regelung für die Minderheitenschulen der Katholiken in Albanien, die in der Provinz Skutari eine geschlossene Bevölkerung von etwa 80000 Einwohnern <sup>5)</sup> bilden, aufgetaucht. Der albanische

<sup>1)</sup> Vgl. Les Balkans, a. a. O., S. 262, 263.

<sup>2)</sup> Vgl. Les Balkans, a. a. O., S. 261, 262.

<sup>3)</sup> Vgl. Les Balkans, a. a. O., S. 262.

<sup>4)</sup> S. diese Zeitschr. Bd. V, S. 132.

<sup>5)</sup> Cour Permanente de Justice Internationale, Plaidoiries, Exposés oraux et Documents, S. 30, 35, 41.

Vertreter beim Völkerbund hat mitgeteilt, daß Verhandlungen mit dem Vatikan im Gange seien, so daß eine direkte Regelung zu erwarten ist.

Die seit dem Durazzo-Zwischenfall im Juni 1934 <sup>1)</sup> gespannten Beziehungen mit Italien haben sich — vielleicht auch auf Grund eines Nachgebens Italiens selbst infolge der Verwicklungen in Afrika — sehr freundlich gestaltet. Die eingestellten Zahlungen der vereinbarten finanziellen Hilfe Italiens für Albanien wurden wieder aufgenommen.

\* \* \*

Bulgarien konnte, wenn es auch abseits des Balkanbündnisses steht, zur großen Besorgnis der griechischen und besonders der türkischen Presse die im Herbst 1933 eingeleitete Annäherung mit Jugoslawien unbeirrt weiter verfolgen. Die im März 1935 vereinbarte Eröffnung neuer Durchgangspunkte für den Grenzverkehr an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze <sup>2)</sup> ist durchgeführt worden. Das Verbot bulgarischer Bücher und Zeitungen in Jugoslawien ist, wenn auch nicht formell aufgehoben, so doch gemildert worden, indem nunmehr einige bulgarische Zeitungen in Jugoslawien eingeführt werden dürfen. Diese auf den ersten Blick für die üblichen nachbarlichen Beziehungen zwischen den Staaten unbedeutend erscheinenden Tatsachen lassen ihre Tragweite erkennen, wenn man sich die früheren Zustände an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze vor Augen hält.

Eine kleine Dissonanz hat im Oktober vorigen Jahres die Rede des damaligen bulgarischen Ministerpräsidenten hervorgerufen, die anläßlich der Entdeckung einer angeblichen Verschwörung gegen sein bzw. das königliche Regiment gehalten wurde. Das Ziel dieser Verschwörung soll die Verwirklichung des »integralen Jugoslawiens« <sup>3)</sup> gewesen sein, wobei sich auch jugoslawische Behörden beteiligt haben sollen. Nach einer Unterredung zwischen dem bulgarischen Außenminister und dem jugoslawischen Ministerpräsidenten in Belgrad wurde dieser Zwischenfall ohne Nachteile für die freundlichen Beziehungen beider Länder beigelegt.

In den Beziehungen mit Griechenland machte sich eine Wandlung bemerkbar. Es handelte sich dabei weniger um einen Fortschritt der offiziellen Zusammenarbeit als um eine private Aktion, die von den beiden Regierungen wohlwollend angesehen wird. Eine griechisch-bulgarische Gesellschaft in Sofia und eine bulgarisch-griechische Gesellschaft in Athen versuchen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf dem Wege gegenseitiger Verständigung und Zusammenarbeit zu fördern. Im übrigen bleiben die strittigen Fragen, die ihre Ursache im Kriege und im Friedensvertrage von Neuilly haben, bestehen.

<sup>1)</sup> Siehe diese Zeitschr. Bd. IV, S. 878 f.

<sup>2)</sup> Siehe diese Zeitschr. Bd. IV, S. 618 f.

<sup>3)</sup> Siehe diese Zeitschr. Bd. IV, S. 884 ff.

Einen besonderen Grund für die zeitweilige Mißstimmung zwischen Bulgarien und Rumänien stellt die Denationalisierungspolitik Rumäniens gegenüber der bulgarischen Bevölkerung in der Dobrudža dar. Die dort ansässige bulgarische Bevölkerung ist Maßnahmen ausgesetzt, die diese Bevölkerung von ihrem tausendjährigen Heimatboden vertreiben sollen, um rumänischen Kolonisten Platz zu machen. Abgesehen von den früheren Gesetzen zur Organisation der Dobrudža und über die Agrarreform, durch die der dort ansässigen Bevölkerung ein großer Teil des Landbesitzes genommen wurde <sup>1)</sup>, sind jetzt Maßnahmen getroffen worden, durch die man den Übergang des Besitzes an Arbeitsboden von der aus der Dobrudža ausgewanderten türkischen Bevölkerung auf die bulgarische Bevölkerung zu verhindern sucht, damit die bulgarische Bevölkerung das für ihre Existenz notwendige Minimum an Arbeitsboden nicht erwerben kann. Es wurde für den rumänischen Staat ein Vorkaufsrecht begründet, und jede Veräußerung von Grund und Boden seitens der Auswanderer wird für nichtig erklärt, wenn die zu veräußernden Grundstücke nicht vorher dem Staate angeboten worden sind. Für die Ausübung des Vorkaufsrechts seitens des Staates war, neben anderen Kautelen, eine Frist von einem Jahr bestimmt <sup>2)</sup>. Da die Frist anscheinend nicht genügte, um das Land in die Hände des Staates zu bringen, sollen jetzt neue Bedingungen für die Gültigkeit des Besitz-erwerbs durch die ansässige Bevölkerung verlangt werden.

\* \* \*

Die Beziehungen Griechenlands zu den anderen Mächten außerhalb des Balkanpaktes gestalten sich besonders freundlich in bezug auf England, dessen Einfluß auf die Wiederherstellung der Monarchie bekannt ist. Diese freundlichen Beziehungen, die man als Ergebnis einer Bündnisverpflichtung Griechenlands deuten will, sind durch die Beteiligung griechischer Offiziere an dem Manöver der englischen Flotte in der Bucht von Saloniki besonders unterstrichen worden.

\* \* \*

Völkerrechtlich bedeutsamere Resultate hat die Außenpolitik Jugoslawiens gezeitigt. Durch ein Konkordat, das am 25. Juli 1935 von dem jugoslawischen Justizminister Auer und dem Kardinal Pacelli in Rom unterzeichnet wurde, sind sowohl im Hinblick auf den innerstaatlichen Frieden in Jugoslawien als auch in dessen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl erhebliche Reibungsflächen aus der Welt geschafft worden. Der Abschluß des Konkordates ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen. Schon im Jahre 1921 wurden solche von Bel-

<sup>1)</sup> Vgl. Lubenoff, Die Agrarreform in der Süd-Dobrudža, diese Zeitschr. Bd. II, T. I S. 521 ff.

<sup>2)</sup> Änderungs- und Ergänzungsgesetz zu Art. 18 des Ergänzungsgesetzes zur Organisation der Neuen Dobrudža. Monitorul oficial vom 18. XII. 1934.

grad her eingeleitet, um zu einer Regelung der Rechtsstellung der katholischen Kirche der Serben, Kroaten und Slowenen zu gelangen, da durch die Gründung des neuen Königreichs die für die Verwaltung der Kirche in den ehemaligen österreichisch-ungarischen Provinzen geltenden Statute in vielen Beziehungen überholt waren. Im Jahre 1925 kam eine jugoslawische Abordnung nach Rom, deren Bemühungen, mit dem Heiligen Stuhl einen *modus vivendi* hinsichtlich der Stellung der Kirche zu finden, ergebnislos blieben. Die jugoslawische Verfassung vom 3. September 1931 hat nur die Vorbedingung für eine Regelung geschaffen, indem sie in Art. 11 die Unterhaltung der Beziehungen der »bestehenden und anerkannten Religionen mit ihrem geistlichen Haupt außerhalb der Grenzen des Staates« zuläßt <sup>1)</sup>. Im Jahre 1933 wurden die Verhandlungen von neuem aufgenommen und führten nach mühsamer Arbeit zu dem erwähnten Konkordat, das im großen und ganzen, soweit die Pressenachrichten einen Schluß erlauben (das Konkordat wird in seinem vollen Text erst nach der Ratifikation veröffentlicht), die Züge aller mit dem Heiligen Stuhl nach dem Kriege abgeschlossenen Konkordate trägt. Vor allem ist das der Kirche eingeräumte Recht im Erziehungswesen zu erwähnen. Die Kirche soll für die moralische und religiöse Erziehung der katholischen Jugend sowie für den Lateinunterricht in den öffentlichen Schulen sorgen. Der jugoslawische Staat verpflichtet sich seinerseits, die Kirche zu subventionieren. Nach dem Konkordat mit Serbien vom Jahre 1914 erhielt die katholische Kirche keine staatlichen Subventionen. Nach Zeitungsmeldungen soll die katholische Kirche auf der Grundlage des Etats vom Jahre 1929/30 die Summe von 36 Millionen Dinaren bewilligt erhalten haben, während für dieselbe Zeit die serbische orthodoxe Kirche die Summe von 46 Millionen Dinaren und die Muselmanen 13 Millionen Dinare erhalten haben. Bei einer Bevölkerung von rund 14 Millionen Einwohnern, von denen 7 Millionen Orthodoxe, 5,2 Millionen Katholiken, 1,3 Millionen Muselmanen, 250000 Protestanten sind, nimmt die katholische Kirche die zweite Stellung in Jugoslawien ein. Es soll erwähnt werden, daß es in Jugoslawien keine staatliche Religion gibt, und daß die bestehenden Konfessionen vor dem Gesetze gleichberechtigt sind <sup>2)</sup>.

Was die Rechtsstellung der katholischen Kirche in Jugoslawien anlangt, folgt das Konkordat im wesentlichen den Grundsätzen der für die einzelnen Teile Jugoslawiens früher geltenden Konkordate, nämlich dem zwischen Serbien und dem Hl. Stuhl vom Jahre 1914, dem zwischen Montenegro und dem Hl. Stuhl vom Jahre 1886 und dem zwischen Österreich und dem Hl. Stuhl für Kroatien, Slowenien und

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. III, T. 2, S. 512.

<sup>2)</sup> Art. 11 Abs. 1 der Verfassung vom 3. Sept. 1931. Vgl. diese Zeitschr. Bd. III, T. 1, S. 402 ff.

Dalmatien vom Jahre 1855, das im Jahre 1870 von Österreich gekündigt worden ist.

Die Zulassung der altslawischen Sprache für die Liturgie war als päpstliches Zugeständnis in dem Konkordat zwischen Serbien und dem Hl. Stuhl vom Jahre 1914, das seinerzeit große Mißstimmung in Rußland hervorgerufen hatte, in einer einseitigen Erklärung des Hl. Stuhles enthalten und in einem Zusatz dem Konkordat beigefügt; daraus ist jetzt eine vertragliche Zusage geworden.

Die territoriale Einteilung des Landes mit Bezug auf die Kirchenverwaltung ist den politischen Grenzen des Staates angepaßt, indem man vier Erzbistümer und zehn Bistümer errichtet hat. Auf Grund der neuen territorialen Einteilung ist dem Bischof von Split die Würde eines Metropoliten verliehen und der Bischof von Ljubljana in den Rang eines Erzbischofs erhoben worden.

Eine andere Abmachung, die eine besondere Erwähnung wegen ihres engen Zusammenhanges mit dem Problem der Minderheiten verdient, ist das Abkommen zwischen Jugoslawien und Rumänien über die Stellung der rumänischen orthodoxen Kirche im jugoslawischen Banat und der jugoslawischen orthodoxen Kirche im rumänischen Banat vom 2. Juli 1934, dessen Bestimmungen auf Grund des Ratifikationsgesetzes des rumänischen Parlaments vom 14. April 1935 und der Bestätigung des Königs vom 20. Juni 1935 in Rumänien bereits in Geltung sind (Monitorul Oficial vom 20. Juni 1935).

Ähnlich wie durch das Abkommen vom 10. März 1933 über die Stellung der rumänischen und jugoslawischen Minderheitenschulen<sup>1)</sup> versuchen beide Staaten durch das Abkommen über die Stellung der Kirche eine weitgehende Regelung zu treffen, die den Minderheitencharakter der Kirche nicht nur hervorhebt, sondern auch sichert und ihre weitere Entwicklung fördert. Dieses Abkommen behandelt die Frage der Zugehörigkeit der jugoslawischen bzw. rumänischen Kirche im Banat zu ihren Landeskirchen, die Frage der Organisation der Kirchen, wobei dem Staate nur ein Kontrollrecht zusteht, die Frage über die Zulassung direkter Beziehungen der betreffenden Kirchen zu ihren Landeskirchen, die Ernennung der Kirchenbehörden, deren Gerichtsbarkeit und Kompetenzen, die staatlichen Subventionen, die Frage der Sprache usw. Sechs Annexe zu dem Abkommen behandeln die territoriale Verwaltungseinteilung, die Besetzung der Priesterstellen, die Verwaltung des Vermögens der Kirchen, Schulen und Klöster, wobei die Kirche in bezug auf manche Gesetze, wie etwa das über die

<sup>1)</sup> Convention entre le Royaume de Roumanie et le Royaume de Yougoslavie relative au règlement des écoles primaires minoritaires dans le Banat, signée à Belgrade, le 10 mars 1933. Službene Novine vom 19. 9. 1933. Registriert beim Völkerbund am 3. März 1934 unter Nr. 3373.

Agrarreform, eine privilegierte Stellung einnimmt. Wenn man diese Regelung beider Staaten mit der Stellung der Kirchen, Schulen und anderer Institutionen der übrigen Minderheiten in den beiden Ländern in Vergleich setzt, sieht man, wie unterschiedlich verschiedene Minderheiten behandelt werden.

\* \* \*

Aus den internationalen Beziehungen Rumäniens verdient Beachtung die Frage des Abschlusses eines Bündnispaktes mit der Sowjetunion, ähnlich dem sowjetrussisch-tschechoslowakischen Pakt <sup>1)</sup>. Der Zusammenhang dieser Fragen mit den allgemeinen Problemen Ost- und Zentraleuropas wird durch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rumänien und Polen beleuchtet.

Als Verfechter der Idee eines Paktes mit der Sowjetunion gilt vor allem der Außenminister Titulesco. Doch gab das rumänische Außenministerium noch am 17. Oktober ein Communiqué folgenden Inhalts heraus:

»Les nouvelles selon lesquelles il aurait existé ou il existerait entre la Roumanie et l'U. R. S. S. des négociations concernant le passage des armées soviétiques par le territoire roumain sont dénuées de tout fondement.

Ces nouvelles font partie d'une action systématique menée par certains milieux étrangers afin de déterminer un changement de la politique actuelle de la Roumanie ainsi que d'altérer ses bons rapports avec l'U. R. S. S., rapports dont le maintien doit constituer un des buts essentiels de la politique extérieure de la Roumanie.

Quant à un pacte d'assistance entre la Roumanie et l'U. R. S. S. il n'a pas fait non plus l'objet de négociations entre les deux gouvernements.

En conséquence, le ministère des Affaires Etrangères n'a pas d'autres communications à faire à ce sujet <sup>2)</sup>.

Im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage richtete Bratiano im Parlament eine Anfrage an den Außenminister, dessen Antwort bemerkenswerte Ausführungen über die Bedeutung des sowjetrussisch-tschechoslowakischen Paktes für das rumänische Paktsystem enthält <sup>3)</sup>:

»Monsieur G. Bratiano m'a encore demandé si, en vertu du Pacte de la Petite Entente de 1933, la Roumanie n'avait pas le droit et le devoir d'examiner le Pacte récent d'assistance conclu entre la Tchécoslovaquie et l'U. R. S. S. et de s'opposer à tout ce qui aurait pu périliciter notre sécurité et le système général des alliances de notre Etat, qui comprend la France, la Petite Entente et la Pologne.

Je réponds: oui, la Roumanie et la Yougoslavie avaient le droit et le devoir d'examiner le pacte d'assistance tchéco-russe du point de vue de la sécurité et du système de leurs alliances.

Elles l'ont fait et n'ont rien trouvé qui soit contraire à ces intérêts.

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. V, S. 603.

<sup>2)</sup> L'Indépendance Roumaine vom 17. 10. 1935.

<sup>3)</sup> L'Indépendance Roumaine vom 15. 12. 1935.

Je vous donne les raisons qui justifient la décision de la Roumanie.

1. Le Traité soviétique ne contient aucune clause qui permette le passage de l'armée soviétique sur le territoire national et il n'a pas été une occasion pour qu'on nous demande directement ou indirectement un tel passage.

2. Dans le protocole de signature du traité tchéco-soviétique on trouve la clause suivante:

« Les deux gouvernements reconnaissent que les engagements en ce qui concerne l'assistance mutuelle, ne devront jouer entre eux que lorsque se trouveront réunies les conditions qui ont été prévues dans le traité franco-soviétique du 2 mai 1935 et cela seulement en tant que, par suite de ces conditions, il sera de la part de la France porté assistance à la victime de l'agression ».

D'autre part, le traité d'assistance mutuelle conclu entre la France et l'U. R. S. S. n'a pas été considéré comme incompatible avec l'alliance franco-polonaise.

En conséquence, lorsque la Tchécoslovaquie dit clairement qu'elle ne prêtera l'assistance à l'U. R. S. S. qu'après que la France aura donné l'assistance promise par le traité franco-soviétique; quand, par le traité franco-soviétique on réserve les obligations défensives de la France découlant de l'alliance franco-polonaise, comment peut-on parler de la mise en danger du système de notre alliance à la suite de la conclusion d'instruments diplomatiques qui mettent sur la même ligne tous nos alliés: la France, la Tchécoslovaquie et la Pologne?«

\* \* \*

Aus den Beziehungen der Türkei ist die besondere Spannung mit Bulgarien in den Sommermonaten des Jahres 1935 hervorzuheben. Diese Spannung fand ihren Ausdruck in heftigen Ausfällen der türkischen Presse. Jede Regung in Bulgarien für eine Revision der Friedensverträge, jede Propaganda für die Idee eines integralen Jugoslawiens, durch deren Verwirklichung man den Frieden auf dem Balkan zu sichern glaubt, entfesselt auch heute noch in der Türkei einen Sturm von Protesten und Drohungen gegenüber Bulgarien, da die Türken in einem großen slawischen Staat auf dem Balkan eine Bedrohung ihres territorialen Besitzes in Thrazien sehen.

Bei der durch den Friedensvertrag von Neuilly erzwungenen militärischen Lage Bulgariens im Vergleich mit der militärischen Lage der Balkan- bzw. der Kleinen Entente erscheint es nicht glaublich, daß Bulgarien für die Türkei irgendwelche Bedrohung darstellt. Man fragt sich, ob diese Alarmstimmung nicht von Ankara hervorgerufen wird, um eine günstige psychologische Situation für eine Änderung der Bestimmungen des Lausanner Vertrages über die Meerengen herbeizuführen. Die Bestrebungen der Türkei sind seit langem bekannt, und die formelle Kundgebung der Ansprüche wiederholt sich seit drei Jahren bei jeder Gelegenheit <sup>1)</sup>. Die neueste Gelegenheit bot der abessinisch-

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. V, S. 623 f.



italienische Konflikt. Gelegentlich der Sanktionen gegen Italien gab der türkische Delegierte am 14. September 1935 folgende Erklärung ab <sup>1)</sup>:

»On sait que le traité de Lausanne contient certaines clauses militaires qui, pour n'avoir pas la portée des clauses militaires contenues dans certains traités, n'en constituent pas moins des limitations dans les moyens de défense d'une partie de notre territoire national. En Thrace, ces clauses militaires instituent des zones démilitarisées affectant les trois Etats voisins. Ces zones démilitarisées intéressant les trois pays limitrophes, c'est à ceux-ci qu'incombe également la responsabilité de leur maintien. Je n'ai, par conséquent, pas à faire cas ici de ces clauses.

Il n'en est pas de même pour les Détroits. Les clauses militaires qui concernent cette zone portent un grave préjudice à la défense côtière de la Turquie et à la sécurité de passage et de transport entre les deux parties de son territoire. De plus, cette situation subsiste en dépit des profondes modifications survenues dans les circonstances qui ont présidé à l'acceptation des clauses en question et les changements essentiels qui peuvent encore se produire dans ces circonstances.

A ce sujet, je tiens à mettre clairement en évidence le point suivant: dans le cas où des changements surviendraient dans la situation déterminée par les traités existants, la Turquie se verrait dans l'obligation d'en faire dépendre des modifications conséquentes dans le régime militaire des Détroits.»

Im übrigen zeigt die Außenpolitik der Türkei gegenüber anderen Nachbarländern eine Tendenz zu engeren Bündnisbeziehungen. Neben dem nach Zeitungsmeldungen zwischen der Türkei, Afghanistan, Irak und Iran Anfang 1936 paraphierten Bündnisvertrag ist zu erwähnen, daß am 7. November 1935 der sowjetrussisch-türkische Neutralitäts- und Nichtangriffspakt mit den zugehörigen Protokollen durch nachstehendes Protokoll um 10 Jahre verlängert wurde:

»S'inspirant des sentiments de grande amitié et de confiance qui ont si heureusement réglé jusqu'ici les relations des deux pays, et désireux de consolider les actes principaux qui en ont contribué au maintien et à la progression dans les voies pacifiques constituant la base de leur politique internationale, le gouvernement de l'Union des Républiques soviétiques socialistes et le gouvernement de la République Turque ont nommé: D'une part, S. E. le Dr. Tevfik Rüstü Aras, ministre des affaires étrangères de la République Turque; et d'autre part, S. E. M. Léon Karahan, ambassadeur de l'Union des Républiques soviétiques socialistes en Turquie;

A l'effet de proroger pour dix ans, à partir de la date d'aujourd'hui jusqu'au 7 novembre 1945 le traité d'amitié et de neutralité et le protocole de prorogation respectivement signé le 17 décembre 1925 et le 17 décembre 1929 et remis en vigueur l'un et l'autre par le protocole du 30 octobre 1931 ainsi que le protocole naval signé le 7 mars 1931.

Le présent protocole sera ratifié et entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification.

Il sera prorogé par tacite reconduction par période de deux ans,

<sup>1)</sup> S. d. N. Journ. Off., Suppl. spéc. N° 138, S. 77.

sauf dans le cas où il serait dénoncé par l'une des deux parties contractantes moyennant un préavis de six mois avant l'expiration de ce protocole où de chaque période suivante.

Fait à Ankara, en deux exemplaires, le 7 novembre 1935. « 1)

Abgesehen von solchen Beziehungen der Balkanländer, bei denen individuelle Interessen jedes einzelnen Staates im Vordergrund stehen, bewegen sich die Beziehungen der Partner der Balkan- bzw. der Kleinen Entente nach allen Partnern gemeinsamen Richtlinien. Dies zeigt sich besonders klar aus dem Kommuniqué anlässlich der Tagung des Ständigen Rats der Kleinen Entente in Bled am 29. und 30. August 1935. Aus diesem sind hervorzuheben: die Betonung voller Harmonie der Ansichten und die Solidarität aller Partner bezüglich der zu erwartenden Ereignisse der Weltpolitik; die Versicherung ihrer Treue zum Völkerbund als einzigem Instrument des Friedens; die Erklärung über die Notwendigkeit eines Ost- und eines Donaupaktes für die Aufrechterhaltung des Friedens sowie die Erklärung, daß die Partner der Kleinen Entente im Einklang mit den Regierungen in Paris und London bzw. in Paris und Rom stehen, denen sie ihre Unterstützung zusichern.

Besonders bemerkenswert sind die folgenden Auslassungen des Kommuniqués zur Habsburgerfrage 2):

»Les trois gouvernements des Etats de la Petite Entente, vu les différentes informations lancées au sujet de la famille des Habsbourg, tiennent à préciser définitivement leur attitude inchangeable au sujet de l'ancienne dynastie de la Monarchie austro-hongroise. L'attitude bien connue des gouvernements de nos trois Etats au sujet de la question des Habsbourg, manifestée déjà dans les années précédentes, à plusieurs reprises, soit collectivement, soit individuellement, n'a subi aucun changement et n'en subira aucun.

Les Etats de la Petite Entente désirent tout d'abord constater très nettement qu'ils respectent entièrement les régimes intérieurs des autres Etats et n'entendent en aucune façon se mêler aux affaires intérieures de leurs voisins. Ils n'ont par conséquent aucune intention de se prononcer sur le régime monarchique dans les autres Etats, considérant cette question comme relevant de la politique intérieure des Etats en question.

Par contre, aucun des Etats de la Petite Entente ne considère la question de l'ancienne dynastie habsbourgeoise comme ne l'intéressant pas ou comme une question relevant de la politique intérieure de n'importe quel Etat européen, vu la situation politique de l'Europe centrale et sudorientale d'avant-guerre, vu les aspirations antérieures et actuelles de cette famille et vu les conséquences internationales considérables qu'aurait inévitablement une accession éventuelle au trône, dans n'importe quel Etat de l'Europe centrale, de cette ancienne dynastie.

Les trois Etats de la Petite Entente ne peuvent donc considérer

1) Le Messager d'Athènes v. 22. II. 1935.

2) Les Balkans 1935, S. 270.

la question de la restauration des Habsbourgs comme une question intérieure, parce qu'elle affecte leurs intérêts vitaux et la paix européenne. En effet, sous les tentatives de restauration habsbourgeoise se cache une menace pour leur patrimoine national, leur intégrité territoriale et leur régime politique intérieur.

En disant ce qui précède, les gouvernements des Etats de la Petite Entente sont dégagés de tout parti-pris. Ils ne manifestent aucun sentiment d'hostilité vis-à-vis des autres Etats et nations d'Europe centrale avec lesquels ils désirent franchement vivre en amitié et collaboration pacifique. Ils ne font qu'exprimer la réalité politique dont les peuples de nos trois Etats sont profondément convaincus.

Vu les sentiments profonds de tous les peuples des Etats de la Petite Entente, la restauration habsbourgeoise serait de nature à détruire définitivement toutes les chances de collaboration et d'amitié future entre les nations qui appartenaient auparavant à la monarchie habsbourgeoise. C'est pourquoi, les Etats de la Petite Entente sont, restent et resteront tous également et complètement adversaires de cette restauration ainsi que de toutes les mesures destinées à la préparer, et s'y opposent de toutes leurs forces. Ils sont convaincus que cet état de choses n'est nullement de nature à empêcher la bonne entente avec leurs voisins et désirent franchement se mettre d'accord définitivement avec eux à ce sujet ainsi qu'au sujet de la politique commune à suivre ensemble dans le Bassin danubien à l'avenir, en vue d'une bonne entente politique et économique mutuelle et du maintien de l'indépendance et de l'intégrité territoriale actuelle de chaque Etat respectif.»

Der Präsident des Ständigen Rates der Balkanentente äußerte sich in der Völkerbundsversammlung wie folgt über die Übereinstimmung der Ansichten der Staaten der Balkanentente mit denen der Kleinen Entente <sup>1)</sup>:

»L'Entente Balkanique va arriver à la fin de la deuxième année de sa constitution. L'expérience acquise en a justifié l'existence en montrant qu'il s'agit d'une œuvre nécessaire et susceptible de perfectionnements continus. Entre les Etats associés, les rapports de collaboration, devenus de plus en plus étroits, se sont étendus dans tous les domaines de leur vie nationale. Ils ont raffermi leur volonté de paix et leur résolution de la réaliser par un commun effort de progrès politique, économique et social et de bonne entente avec tous leurs voisins.

Les résultats obtenus ne sont pas dûs seulement à l'esprit de solidarité dont s'inspire l'action constante des gouvernants des Etats intéressés. Ils le sont aussi et surtout à la commune conviction de leurs peuples que leurs aspirations pacifiques ne sauraient se réaliser que par l'observation des principes de la Société des Nations auxquels ils sont profondément et sincèrement attachés.

Cette conviction s'était manifesté longtemps avant la création de l'Entente Balkanique. C'est elle qui en a imposé l'établissement. C'est elle qui en explique le progrès et en garantit le développement ultérieur. C'est elle enfin qui, dans les graves circonstances de l'heure, dicte aux

<sup>1)</sup> S. d. N., Journ. Off., Suppl. spéc. N° 138, S. 74.

gouvernants des Etats associés le devoir de déclarer ici qu'ils restent plus que jamais fidèles aux principes du Pacte.

Les Etats de l'Entente Balkanique suivent avec un intérêt ému les efforts du Conseil pour sauver la paix du monde. Ils souhaitent qu'ils aboutissent à une solution pacifique et juste.»

Die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Partnern der Kleinen Entente wurde Gegenstand der Tagung des Wirtschaftsrates im Oktober 1935 in Belgrad. Das positive Ergebnis dieser Tagung ist in folgenden Punkten des herausgegebenen Kommuniqués niedergelegt <sup>1)</sup>:

- »1) — Règlements uniforme pour les transports ferroviaires des voyageurs et des bagages;
- 2) — Elaboration d'un projet de document intéressant la collaboration des compagnies de navigation sur le Danube;
- 3) — Signature d'un protocole sur la collaboration postale et les communications télégraphiques et téléphoniques;
- 4) — Signature d'une convention relative à la suppression de la double taxe en matière de succession;
- 5) — Accord relatif à l'unification de la législation sur les mandats;
- 6) — Signature d'un protocole sur la normalisation industrielle dans les Etats de la Petite Entente;
- 7) — Accord réalisé par le comité industriel sur les questions relatives à l'activité future dans le domaine de la collaboration industrielle;
- 8) — Elaboration d'un projet concernant l'organisation d'une exposition économique de la Petite Entente et de l'Entente Balkanique.

A sa séance de clôture, le Conseil économique de la Petite Entente a approuvé les résultats obtenus au sein des commissions et décidé que la prochaine session se réunirait le 24 février 1936 à Prague.»

\* \* \*

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem abessinisch-italienischen Konflikt trat das Problem der Sanktionen gegen Italien in den Vordergrund.

Von den Balkanstaaten lehnte nur Albanien die Durchführung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien ab.

Diese Haltung begründete der albanische Vertreter in der Völkerbundsversammlung vom 11. Oktober 1935 mit dem besonderen Verhältnis, in dem es sich mit Italien befindet:

»Le Gouvernement albanais demeure fidèle au Pacte de la Société des Nations et il apprécie hautement l'importance attachée au respect du Pacte; mais, étant donné ses relations politiques, résultant de l'existence d'un traité d'alliance, avec l'Italie, vu l'importance capitale des relations économiques qui existent entre ces deux pays alliés, le Gouvernement albanais regrette de ne pouvoir se rallier à la décision prise par

<sup>1)</sup> Les Balkans 1935, S. 272.

l'Assemblée en ce qui concerne l'application des mesures de sanctions contre l'Italie«<sup>1)</sup>).

Die Erwähnung des Bündnisvertrages zwischen Albanien und Italien vom Jahre 1927<sup>2)</sup>, der eine engere Zusammenarbeit beider Länder begründet, und von dem allerdings Albanien sich in den letzten zwei Jahren zu lösen bemühte, veranlaßt zu der Feststellung, daß in diesem Zusammenhang ebensowenig wie anläßlich der ähnlich begründeten Ablehnung einer Teilnahme an den Sanktionen durch andere Völkerbundsmitglieder die Frage der Bedeutung von Art. 20 der Satzung im Völkerbund aufgeworfen worden ist.

Die gegenwärtige Haltung Albanien erklärt sich wohl zum Teil aus der schwierigen innerpolitischen Lage, es ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß für seinen Entschluß auch außenpolitische Gesichtspunkte, vor allem das Mißtrauen gegen England, von Bedeutung waren.

Die Beteiligung an den finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen wurde seitens der Staaten der Balkanentente in der Erwartung zugesagt, daß sie eine entsprechende Entschädigung oder Hilfe gemäß Art. 16 des Völkerbundspakts von den wirtschaftlich stärkeren Teilnehmerstaaten erhalten würden. In diesem Sinne ist das vor kurzem zwischen Jugoslawien und Großbritannien zustandegewordene Einvernehmen über die Erhöhung der jugoslawischen Einfuhrkontingente für Geflügel, Eier und Speck nach England zu deuten<sup>3)</sup>.

(Abgeschlossen am 15. Januar 1936.)

Lubenoff.

## Chronik der Staatsverträge

### I. Politische Verträge

Der am 22. März 1935 zwischen dem Kaiserreich *Äthiopien* und dem *Yemen* abgeschlossene, am 22. September 1935 ratifizierte<sup>4)</sup> *Freundschafts- und Handelsvertrag*<sup>5)</sup>, dessen Zweck nach der Präambel die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen »auf der Grundlage der allgemeinen internationalen Normen« ist, sieht eine Erleichterung des Warenaus-

<sup>1)</sup> S. d. N., Journ. Off., Suppl. spéc. N° 138, S. 114.

<sup>2)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 613 f.

<sup>3)</sup> Über die im Zusammenhang mit den Vereinbarungen über eine gegenseitige Zusammenarbeit im Mittelmeer entstandenen Fragen wird später berichtet werden.

<sup>4)</sup> Ratifikation hier wie im folgenden stets = Austausch der Ratifikationsurkunden.

<sup>5)</sup> Italienische Übersetzung des amtlichen arabischen Textes: *Oriente Moderno* 1935, S. 561; Mitteilung von der Ratifikation ebenda S. 600.